

**ÖVP**



Im Blickpunkt



**am See**

**EXTRA-AUSGABE**  
**2**

**DER BÜRGERMEISTER**



**HAT**

**DAS WORT**

# An die Gemeindebürger von Obertrum am See!

Der FPÖ-Gemeindefraktion bleibt es vorbehalten, der Bevölkerung Fragmente aus dem Rechnungshofbericht bekannt zu geben, bevor sich die zuständigen Organe damit befaßt haben. Es wird noch festzustellen sein, ob sich nicht dadurch eine die »Sauberkeit« betonende Partei, einen Rechtsbruch zuschulden kommen ließ. Abgesehen davon ist es unverständlich, daß die eigenen Gemeindevertreter (sicher nicht zum Nutzen der Gemeinde Obertrum am See) dieses zum Politikum gewordene Problem hochspielen. Es ist mir nicht bekannt, daß bei ähnlich gelagerten Fällen, wo durch die Kontrollberichte ungefähr dieselben Dinge kritisiert wurden, eigene Gemeindevertreter am Breitreten dieser Probleme beteiligt waren. Mein Bestreben ist es und unser aller Bestreben müßte es sein, soviel Hilfe als nur möglich zu erlangen und nicht selber die Zuwendungen zu erschweren.

## Zur Sache:

### Gründung des Reinhaltverbandes Trumer Seen

Entgegen der Meinung des Rechnungshofes vertritt die zuständige Aufsichtsbehörde die Ansicht, daß sich

der Verband sehr wohl konstituiert hat. Damit sind alle Spekulationen, die sich daran knüpfen, bedeutungslos.

## Personalwesen

Im Interesse einer sparsamen Verwaltung wurde bewußt auf die Anstellung von Bediensteten verzichtet. Nach Meinung des Rechnungshofes wäre ein Personalstand einzurichten, der jährlich Verwaltungskosten von S 800.000,- verschlingen würde. Tatsächlich wurden jährlich zwischen S 20.000,- bis S 40.000,- für Verwaltungskosten aufgewendet.

Es ist mir unverständlich, daß sogar eine auf äußerste Sparsamkeit bedachte Maßnahme einer polemischen Kritik unterzogen wird.

## Geschäftsführer

Fest steht, daß dem Geschäftsführer für die jahrelangen Leistungen letztendlich ein Stundenlohn von S 43,- NETTO übriggeblieben ist. Es erhebt sich die Frage, wer bereit ist, für diesen Lohn so viele Jahre eine derartige Leistung zu erbringen. Außerdem ist es unverständlich, daß Gemeindevertreter einen hochverdienten Gemeindegeschäftsführer derartig diffamieren.

**DR. HANS KATSCHTHALER**  
**LANDESHAUPTMANNSTELLVERTRETER**

**5010 SALZBURG,**  
**MOZARTPLATZ 10**  
**TEL.: (0 62 22) 41 4 23**



Liebe Parteifreunde im Flachgau!

Ich gestatte mir, Ihnen die von der Bundesparteileitung herausgegebene Kurzfassung des Grundsatzprogrammes der Österreichischen Volkspartei (Salzburger Grundsatzprogramm 1972) zu übermitteln. Dieses Grundsatzprogramm, das von uns sehr gewissenhaft erarbeitet wurde, hat weit über Österreichs Grenzen hinaus Beachtung und Wertschätzung erfahren. Es ist aber leider in den eigenen Reihen eher weniger be-

kannt. Da sich unser politisches Handeln immer wieder vor dem Hintergrund unserer grundsätzlichen weltanschaulichen Auffassung abspielt und letztlich nur daraus erklärbar ist, sollten auf jeden Fall unsere Mitglieder darüber in ausreichendem Maße Bescheid wissen.

Ich bitte Sie daher höflich, diese Broschüre aufmerksam durchzusehen und ich bin davon überzeugt, daß Sie daraus Nutzen und besseres Verständnis für unsere politische Arbeit und für unsere grundsätzlichen Zielsetzungen gewinnen können.

Die Broschüre ergeht an alle 19.400 Mitglieder im Flachgau ohne Doppelmitgliedschaft. Es mag durchaus vorkommen, daß mehrere Broschüren in den selben Haushalt gelangen. Ich bitte dies nicht als Verschwendung aufzufassen. Die Adressen einer so großen Aussendung werden maschinell ausgedruckt, sodaß es zu Doppelaussendungen kommen kann. Eine händische Aussortierung hätte einen so hohen Zeit- und Arbeitsaufwand zur Folge, der weit über den Kosten möglicher Doppelaussendungen liegt. Es ist auch möglich, daß neue Mitglieder zwei Exemplare bekommen, weil Ihnen anlässlich des Beitrittes zu unserer Gesinnungsgemeinschaft bereits eine Broschüre zugegangen ist. Sollten bei Ihnen mehrere Exemplare eintreffen, bitte ich Sie, die überzähligen an interessierte Personen außerhalb unseres Mitgliederkreises weiterzugeben.

Ferner darf ich Sie höflich bitten, mit beigelegtem Erlagschein eine kleine **Spende** zu entrichten, damit die recht erheblichen Versandspesen unsere Bezirkskasse nicht allzusehr belasten.

Der Flachgau weist auf Grund der letzten Volkszählung nahezu 100.000 Einwohner auf, sodaß aller Wahrscheinlichkeit nach ein zusätzliches Landtagsmandat von den Gebirgsgauen in den Flachgau wandern wird. Mit anderen Worten bedeutet dies, daß bei der nächsten Landtagswahl gerade der Flachgau im Mittelpunkt der politischen Werbung steht. Die starke Position der Österreichischen Volkspartei in unserem Gau soll nicht nur erhalten, sondern sie muß verstärkt werden, damit wir uns als führende Kraft im Lande behaupten können. Ich bitte Sie daher bereits jetzt, alle Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles zu unternehmen und politische Gespräche für unsere Gesinnungsgemeinschaft zu führen. Gerade die Vorkommnisse in jüngster Zeit zeigen wieder sehr deutlich, daß die Politik der sozialistischen Bundesregierung keinesfalls geeignet ist, die Probleme Österreichs und mithin auch die Salzburgs zweckdienlich und ziel führend zu lösen.

Mit unserem Bundesparteiobmann Dr. Alois MOCK stimmen wir alle in der Auffassung überein, daß die Bundesrepublik Österreich eine andere Politik braucht. Die Ziele unserer Politik wurden mittlerweile bereits über unsere Schwerpunktarbeit in den Bereichen Schule und Familie, Energie und Umwelt, Demokratie und Kontrolle sowie Wirtschaft eindeutig formuliert. Ich verweise insbesondere auf das Mock-Programm "So sichern wir die Arbeitsplätze".

Abschließend darf ich der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es uns in gemeinsamer Anstrengung gelingen möge, unsere politischen Ziele zu verwirklichen. Dies können wir umso eher erreichen, je besser jedes einzelne Mitglied unserer Gesinnungsgemeinschaft das Grundsatzprogramm kennt und unsere politischen Vorstellungen zu den verschiedenen Sachfragen verbreitet.

Liebe Parteifreunde, ich bitte Euch um Eure verlässliche Mitarbeit!

Mit herzlichen Grüßen und allen guten Wünschen

*F. Hans Katschaler*

Bezirksparteiobmann

# Der selbständige Mensch in der Gemeinschaft



**Unser Salzburger Grundsatzprogramm - im Alltag**

## Das sind die sieben Grundsätze der Österreichischen Volkspartei:

1. Ziel unserer Politik ist der selbständige Mensch und sein sinn-erfülltes Leben. Der Mensch trägt persönliche Verantwortung für sich und die Gemeinschaft.
2. Frei und selbständig können wir nur sein, wenn wir Wahlmöglichkeiten haben.  
Wir wollen den freien und verantwortungsbewußten Menschen. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen.
3. Wir bekennen uns zur Gleichheit der Würde und der Rechte aller Menschen. Gerechtigkeit gibt es nur, wenn wir anerkennen, daß die Menschen verschiedene Neigungen und Fähigkeiten haben.
4. Die Leistung jedes Menschen muß belohnt werden. Sonst gibt es keine Weiterentwicklung.
5. Wir wollen die Partnerschaft in allen Bereichen des Lebens. Unter Partnerschaft verstehen wir das Miteinander gleichberechtigter, selbständiger Menschen.
6. Wir treten für eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen dem einzelnen, der Familie, der kleineren Gemeinschaft und dem Staat ein. Vieles kann die kleine Einheit am besten bewältigen. Dort wo sie Unterstützung braucht, soll die Gemeinschaft helfen.
7. Wir wollen mehr Mitbestimmung. Mehr Menschen sollen mitreden, mitentscheiden und mitverantworten können.

Nach diesen Grundsätzen wollen wir unsere Politik für Österreich gestalten. Wir sind überzeugt, daß wir mit ihnen die Aufgaben der Zukunft erfolgreich bewältigen.

## **Der selbständige Mensch in der Gemeinschaft**

Unser Salzburger Grundsatzprogramm – im Alltag

*Seit 1972 hat unser Salzburger Programm unveränderte Gültigkeit. Dennoch sind seither immer wieder Stimmen laut geworden, die eine Erläuterung dieses Programms mit konkreten Beispielen aus der täglichen Praxis verlangen. Besonders in der Erneuerungsdiskussion wurde von unseren Mitgliedern gefordert, daß aus unserer täglichen politischen Arbeit unsere Grundsätze stärker herausleuchten.*

*Diesem Wunsch entsprechend, haben wir zum Parteitag in Salzburg im März 1980 den ersten Entwurf einer Broschüre zum Salzburger Programm vorgelegt. Sie war innerhalb weniger Wochen vergriffen. Gleichzeitig entspann sich eine rege Diskussion, es gab Zustimmung und Kritik. Alle Stellungnahmen haben wir – soweit wie irgendwie möglich – berücksichtigt und in diese zweite Auflage eingearbeitet.*

*Jeder Mitarbeiter und Funktionär, jedes Mitglied sollte mit jenen sieben Grundsätzen vertraut sein, auf die wir unsere politische Arbeit stellen. Was sie in der Hand haben, ist eine kleine Hilfe dazu: Auf den linken Seiten des Heftes finden sie zu jedem der Grundsätze die wichtigsten Stellen aus dem Salzburger Programm; rechts geben wir Hinweise und Beispiele für den politischen Alltag.*

*Wir rufen alle unsere Mitarbeiter auf, durch Ihre Arbeit für Österreich zu beweisen, daß wir dank unserer Grundsätze die besseren Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft haben.*



Sixtus Lanner



Alois Mock

## **Unser Menschenbild**

Dazu heißt es im Salzburger Programm:

Die ÖVP leitet ihren politischen Gestaltungswillen aus einem christlich begründeten Verständnis von Mensch und Gesellschaft ab. (3.1.1.)

Für die ÖVP ist der bestimmende Höchstwert ihrer Politik die menschliche Person, die durch ihr schöpferisches Denken, kritisches Bewußtsein und verantwortliches Handeln den unveräußerlichen Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung besitzt. (3.1.2.)

Die ÖVP anerkennt den über die materielle Existenz hinausweisenden Sinn des Lebens. Dieser ist für uns ein wesentlicher Antrieb, die frei entscheidende Persönlichkeit des Menschen zu stärken und aktiv an der Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen mitzuwirken. (3.1.3.)

Der Mensch kann nur in der Gemeinschaft zur vollen Entfaltung seiner Persönlichkeit kommen. Er hat die Verpflichtung, seinen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Die Gesellschaft ihrerseits hat die Verpflichtung, die Selbstverwirklichung des Menschen zu ermöglichen. (3.1.4.)

## Dem Leben Sinn geben

Jeder Mensch will seinem Leben Sinn geben und seine Persönlichkeit entfalten. Die Politik muß dabei helfen, statt zu stören. Daher wehren wir uns gegen selbstherrliche Politiker, die alles in den Griff bekommen wollen. Daher bekämpfen wir menschenfeindliche Erscheinungen wie die Übermacht des Staates und das Überhandnehmen der Bürokratie. Wir wollen lieber eine Politik machen, die jedem Menschen genügend Spielraum läßt.



## Lebensqualität

Alle Menschen sollen eine gesicherte Existenz haben. Aber der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Zur Lebensqualität gehören vielmehr auch persönliche Entfaltung, schöpferische Tätigkeit und mehr Mitmenschlichkeit.

## Sozialpolitik der menschlichen Nähe

Es gibt in unserem Land Menschen, die Not leiden. Diese Not müssen wir bekämpfen und den allgemeinen Wohlstand steigern. Aber es darf nicht nur bei Geldleistungen bleiben. Wir wollen eine Sozialpolitik der menschlichen Nähe, das stärkere persönliche Eintreten für den Mitmenschen. So wollen wir, daß weniger Menschen in Horden und Heimen leben müssen, sondern Pflege und Betreuung in der Familie und anderen kleinen Gemeinschaften finden. Deshalb fördern wir auch Selbsthilfegruppen, die Hauskrankenpflege, Nachbarschaftshilfe und Aktionen wie „Menschliches Spital“.

## Die Umwelt lebenswert halten

Wir wollen eine lebenswerte Umwelt. Wir treten für eine Politik ein, die unsere Städte wieder lebenswerter macht und die Zerstörung des natürlichen Erholungsraumes verhindert. Wir wollen mehr Grün in die Stadt bringen und andererseits Dazubauen und Verbetonieren stoppen. Unsere Städte müssen dank einer maßvollen Verkehrspolitik wohnlich bleiben. Zu unseren Zielen gehören weiter die Pflege des Ortsbilds in den ländlichen Gemeinden sowie die sinnvolle Gestaltung der Landschaft. Wir müssen neue, „sanfte“ Energien entwickeln, die die Natur weitgehend schonen. Und wir sind für die Wiederverwertung von Altstoffen, damit die Verschwendung von Rohstoffen aufhört.

## **Freiheit**

Dazu heißt es im Salzburger Programm:

Im Sinne ihres Menschenbildes bekennt sich die ÖVP zur Entscheidungs- und Handlungsfreiheit und zur Verantwortung jedes Menschen vor seinem Gewissen. (3.2.1.)

Freiheit bedeutet für sie Freisein zur Selbstbestimmung des eigenen Lebensbereichs und zur Mitbestimmung der gesellschaftlichen Angelegenheiten. Totale staatliche Daseinsvorsorge muß letztlich zum Untergang der Freiheit führen. Freiheit ist eine ständig gefährdete Voraussetzung sinnerfüllter Lebensführung. (3.2.2.)

Der individuelle Freiheitsraum findet seine Grenzen an der Freiheit anderer. (3.2.3.)

Das Maß an Freiheit, das wir morgen besitzen werden, hängt von dem Maß an Verantwortung ab, das wir heute zu tragen bereit sind. (3.2.5.)

Die Ausübung des Eigentumsrechtes des einzelnen muß im übergeordneten Interesse der Allgemeinheit und im Recht des Mitmenschen auf Eigentum seine Grenzen finden. Mit der Größenordnung, Konzentration und gesellschaftlichen Bedeutung des Eigentums wächst auch seine soziale Verpflichtung. (4.5.4.)

**Frei sein  
heißt,  
auswählen  
zu können**

Der freie Mensch muß auswählen und seine Ziele selbst bestimmen können. Daher wollen wir die Vielfalt auf allen Gebieten: Eltern und Schüler sollen selbst unter verschiedenen Bildungswegen wählen und nicht zum Schuleintopf gezwungen werden. Bei der Berufswahl soll der junge Mensch ein breites Angebot vorfinden. Wir müssen uns auch den Arzt selbst aussuchen können; er darf nicht von einem staatlichen Gesundheitsdienst vorgeschrieben werden.

**Weniger  
Bürokratie**

Staatliche Einrichtungen haben viel dazu beigetragen, unseren Freiheitsraum zu sichern und den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu vergrößern. Heute droht aber der Staat



mit einer Flut von Gesetzen und seinem übermächtigen Apparat, den einzelnen abhängig zu machen. Wir wollen weniger Bürokratie und mehr Freiheit für den Bürger. Die staatliche Verwaltung ist stärker zu kontrollieren, unser Recht auf Mitsprache auszubauen. Formulare

und Vorschriften müssen verständlich sein und von freundlichen, hilfsbereiten Beamten angewendet werden. Der Bürger soll wissen, wo und wann er Auskunft und Rat bekommt.

**Eigentum  
für alle  
schaffen**

Für uns gehört es zur Grundlage der persönlichen Entfaltung, daß sich alle Bürger Eigentum schaffen können: die eigene Wohnung, das eigene Haus, Eigentum am Betrieb oder an anderen Werten. Deshalb haben wir die Möglichkeit des Wohnungseigentums geschaffen und wollen die Überführung von Gemeindewohnungen in das Eigentum ihrer Mieter fördern. Deshalb wollen wir, daß der Staat die Spargesinnung durch Förderung belohnt. Deshalb muß sich die Steuerbelastung in Grenzen halten, weil sonst der einzelne keine Ersparnisse anlegen, kein Eigentum erwerben, keinen Betrieb gründen kann. Deshalb wollen wir das Miteigentum der Arbeitnehmer an ihren Betrieben fördern.

**Soziale  
Marktwirtschaft  
sichert  
die Freiheit**

Unsere Wirtschaft soll die Voraussetzung für ein besseres Leben schaffen. Dazu braucht es Unternehmungsgeist, Entscheidungs-, Leistungswillen und Freiheit: Bei der Wahl des Berufs und des Arbeitsplatzes, bei der Entscheidung des Unternehmers, was er erzeugt, und des Käufers, was er erwirbt. Wir glauben, daß die Soziale Marktwirtschaft nicht nur die sozialen Rechte und Leistungen, sondern auch unsere politische Freiheit sichert.

## **Gleichheit**

Dazu heißt es im Salzburger Programm:

Die ÖVP anerkennt die Gleichheit aller Menschen in ihrem Wesen und ihrer Würde. (3.3.1.)

Alle sollen gleiche Rechte bei gleichen Pflichten und gleichen Möglichkeiten haben. Die ÖVP will soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit für alle. (3.3.2.)

Die ÖVP will jedem Staatsbürger über die verfassungsmäßig garantierte Gleichheit vor dem Gesetz hinaus gleiche individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und gleiche soziale Aufstiegschancen erkämpfen. (3.3.3.)

Die ÖVP ist entschlossen, die bestehenden und ständig neu auftretenden Formen der Ungleichheit, Privilegierung und Diskriminierung zu überwinden. (3.3.4.)

Überall, wo Hindernisse für die persönliche Entwicklung vorliegen, oder wo eine soziale Benachteiligung besteht, die von den Betroffenen nicht aus eigener Kraft überwunden werden kann, muß die Gesellschaft fördernd und ausgleichend eingreifen. (3.3.5.)

Die ÖVP anerkennt die Verschiedenartigkeit der Menschen. Sie lehnt bevormundende und uniformierende Maßnahmen ab, da diese sowohl der sozialen Gerechtigkeit wie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widersprechen. (3.3.6.)

## Gleiche Chancen in der Schule

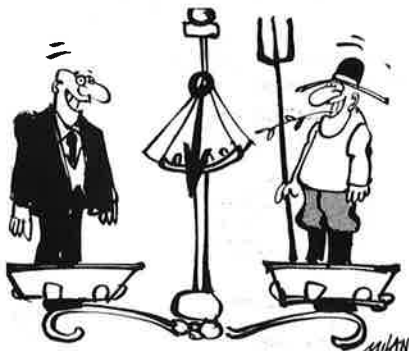
Jedes Kind soll seine Chance auf bestmögliche Bildung wahren können. Wir müssen deshalb alles tun, um Benachteiligten zu helfen und Begabte zu fördern. Wir wollen weniger Schüler pro Klasse, damit der Lehrer auf jeden einzelnen besser eingehen kann. Wir haben das Modell einer Neuen Hauptschule vorgeschlagen, in der es das ungerechte System der zwei Klassenzüge nicht mehr geben wird. Stattdessen sollen die Hauptschüler in kleinen Leistungsgruppen – nach Begabung und persönlichen Interessen – unterrichtet werden. Der Übertritt in Höhere Schulen würde leichter werden; Nachhilfestunden wären in den meisten Fällen entbehrlich. Geistige und handwerkliche Fähigkeiten halten wir für gleich wertvoll. In unseren Schulen müßte deshalb die handwerkliche Bildung ausgebaut und gefördert werden.

## Gleiche Soziale Aufstiegschancen

Die Gemeinschaft soll dem besonders und nachhaltig helfen, der Hilfe braucht. Wer sich aber selbst helfen kann, soll nicht automatisch staatliche Leistungen empfangen. Wir sind nicht für staatliche Hilfen, die – wie mit der Gießkanne – gleichmäßig über alle ausgeschüttet werden, sondern für eine Sozialpolitik mit Schwerpunkten: Den kleinen Gewerbetreibenden, den Mindestrentnern und jungen Familien zum Beispiel, die sich nicht in absehbarer Zeit selbst eine Wohnung schaffen können, wollen wir kräftiger helfen. Und Familien mit vielen Kindern sollen mehr Beihilfe und Steuerermäßigung pro Kind erhalten, weil mit steigender Kinderzahl die Belastung viel stärker steigt. Die kinderreichen Familien dürfen nicht zu einer neuen Armenschicht werden.

## Regionale Nachteile ausgleichen

Gleiche Aufstiegschancen für alle Menschen – das bedeutet für uns auch, den Bewohnern des ländlichen Raums gleichwertige Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten wie den Städtern. Ebenso hat die Gemeinschaft die Aufgabe, die wirtschaftliche Benachteiligung des Grenzlandes und der Bergbauerngebiete auszugleichen. Wir wollen deshalb den Pendlern, den Nebenerwerbsbauern, den Gemeinden im Grenzland und den Wirtschaftsbetrieben in ungünstiger Lage gezielte Hilfe leisten.



## Leistung

Dazu heißt es im Salzburger Programm:

Die ÖVP will die Voraussetzungen für die Selbstverwirklichung des Menschen dadurch verbessern, daß sie den persönlichen Leistungswillen und die Initiative herausfordert. (3.4.1.)

Die persönliche Leistung muß der Maßstab für Arbeitseinkommen, beruflichen Aufstieg und gesellschaftliche Anerkennung des einzelnen sein. (3.4.3.)

Der Leistungswille ist die Grundlage menschlichen Fortschritts und die Voraussetzung für die Bewältigung neuer Gemeinschaftsaufgaben und einer wirksamen Hilfe für die Schwachen. (3.4.4.)

Das Leistungsprinzip hat Grenzen. Die Entfaltung der Persönlichkeit vollzieht sich nicht nur in der zielbewußten Leistung, sondern auch in schöpferischer Erholung, in sinnvollem Lebensgenuß und freiem Spiel. Niemand darf einem seine körperlichen und seelischen Kräfte übersteigenden Leistungszwang ausgesetzt werden. Nur die ständige Frage nach dem Sinn der Leistung kann eine Fehlentwicklung der Gesellschaft verhindern. (3.4.5.)

Wer zur Leistung nicht befähigt ist, hat Anspruch auf die Hilfe von Staat und Gesellschaft. (3.4.6.)

**Die persönliche  
Leistung  
belohnen**

Leistung, die zur Entfaltung der Persönlichkeit, zu beruflichem Aufstieg und zum Aufblühen des Familienlebens führt, nützt nicht nur dem einzelnen Menschen, sondern auch der Gemeinschaft. In ihrem Interesse muß es also liegen, den



Leistungswillen zu stärken: Fleiß, Einsatz und Können müssen sich wieder lohnen. Wir wollen daher ein Steuersystem entwickeln, das leistungswillige Menschen nicht bestraft, sondern ihre Anstrengungen belohnt. Aber wir denken nicht nur an die Belohnung der Leistung im Beruf: Auch die vielfältigen ideellen Leistungen, welche in der Familie vor

allem die Frau und Mutter erbringt, müssen stärker von der Gesellschaft anerkannt und vom Staat durch Steuerermäßigungen berücksichtigt werden.

**Leistung  
ermöglicht  
soziale  
Sicherheit**

Selbstverständlich hat die Gesellschaft allen Mitmenschen einen gewissen Mindestwohlstand zu sichern. Die Schwächeren haben einen moralischen Anspruch auf diese Hilfe. Uns also muß klar sein, daß es von unser aller Leistungswillen abhängt, ob wir die Pensionen, die sozialen Zuschüsse und Beihilfen, die medizinische Betreuung und andere Sozialleistungen finanzieren können.

**Für Leistung  
heranbilden**

Eltern und Schule müssen in unseren jungen Menschen Verantwortungsbewußtsein, Leistungsfreude und schöpferisches Tun wecken und heranbilden. In besonderem Maß gilt das für die Berufsbildung. Wir wollen daher ein Berufsbildungswesen, das in den jungen Menschen alle Begabungen fördert und fordert. Dazu müssen Betrieb und Berufsschule zusammenwirken. Dazu brauchen wir eine bessere Berufsschule, die den theoretischen Unterricht enger mit der Praxis verbindet.

## **Partnerschaft**

Dazu heißt es im Salzburger Programm:

Die Österreichische Volkspartei strebt die Selbstverwirklichung des Menschen in einer partnerschaftlichen Gesellschaft an. (2.1.)

Sie versteht darunter eine soziale Struktur, die gekennzeichnet ist durch das Zusammenwirken von Personen, die in ihrer Würde und Freiheit gleich geachtet, in ihren Eigenarten, Interessen und Funktionen aber als verschieden erkannt werden. (3.5.1.)

Die moderne arbeitsteilige Gesellschaft ist durch eine erhöhte Differenzierung und eine Vielfalt der Auffassungen, der Interessen und der Gruppen gekennzeichnet. Wir bejahen diese Vielfalt; sie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die schöpferische Fortentwicklung der Menschheit. (3.5.2.)

Diese Vielfalt führt zwangsläufig zu Interessengegensätzen und Konflikten. Die Partnerschaft bietet die Basis, Konflikte nutzbar zu machen und friedlich zu lösen. Sie fordert die Austragung der Konflikte in einem Geist der gegenseitigen Achtung, die Bereitschaft zum Gespräch und die Anerkennung gemeinsamer Werte oder Interessen. (3.5.3.)

Die ÖVP bekennt sich zu einer partnerschaftlichen Beziehung der Geschlechter zueinander (5.2.1.)

Den Frauen sind die gleichen Bildungs-, Berufs- und Aufstiegschancen zu gewährleisten. Hierzu gehört die gleiche Entlohnung bei gleicher Leistung. (5.2.2.)

## **Partner in der Familie**

Partnerschaft beginnt in der Familie: Mann und Frau sollen ihre Aufgaben als gleichberechtigte Partner untereinander aufteilen. Auch das Kind ist Partner: Seine Ansprüche sind von den Eltern zu beachten. Nicht nur die Eltern haben ein Recht auf ihre Kinder, auch die Kinder haben ein Recht auf ihre Eltern. Familie und Schule haben die Pflicht, den jungen Menschen zu Eigenverantwortung und Selbständigkeit zu führen: Dabei muß die Gemeinschaft den Eltern helfen. Deshalb wollen wir ein monatliches Erziehungsgeld für Mütter oder Väter, die sich ausschließlich der Erziehung ihrer Kinder widmen. Deshalb kämpfen wir für die Anrechnung von drei Jahren Kindererziehung bei der Bemessung der Pension. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Teilzeit-Arbeitsplätze zu schaffen.

Nach unserer Überzeugung ist die Familie zu fördern, wo immer es geht. Damit sie ihre Aufgaben erfüllen und neue übernehmen kann: in der Erziehung, in der Pflege, in der Altenbetreuung. Daher treten wir für den Bau familiengerechter Wohnungen ein; für Nachbarschaftshilfe, für Kindergärten und Tagesheimschulen. Andererseits wenden wir uns entschieden gegen jeden gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Druck, der die Familie aufzulösen droht oder die Kinder früher als notwendig von den Eltern trennt.

## **Partner in der Schule**

Eltern, Schüler und Lehrer verbindet ein gemeinsames Ziel: Jungen Menschen in Schule und Elternhaus eine gute Bildung als Grundlage der persönlichen Entwicklung mitzugeben. Daher ist alles wichtig, was die Partnerschaft in der Schule stärkt: Elternvereine, Schülervertreter, auf Zusammenarbeit eingestellte Lehrer. Damit diese Zusammenarbeit richtig zum Tragen kommt, brauchen wir kleinere Schulen und kleinere Klassen, wo Schüler, Lehrer und Eltern ins Gespräch kommen können. Die Zusammenlegung von Schulen zu riesigen Zentren lehnen wir ab.

## **Partner in der Wirtschaft**

In der Wirtschaft hat sich unser Grundsatz der Partnerschaft durchgesetzt: Arbeiter und Angestellte, Unternehmer und Bauern wirken als Sozialpartner freiwillig zusammen, um Löhne und Preise und andere Wirtschaftsfragen zu beraten. Wir begrüßen die Arbeit freier und selbständiger Gewerkschaften. Unser Ziel ist die Partnerschaft im Betrieb. Dazu gehören neue Formen der Arbeitsteilung, die menschlichere Gestaltung der Arbeitswelt, bessere medizinische Betreuung am Arbeitsplatz. Hier soll der Mensch mitbestimmen können – etwa, wenn es um Fließbandarbeit, Schichtarbeit, Akkord und Gleitzeit geht. Als Mitarbeiter ist er verantwortlich, von seiner Leistung hängt der Erfolg des Unternehmens ab.

**Aufgaben-  
teilung**  
(Subsidiarität)

Dazu heißt es im Salzburger Programm:

Die ÖVP bekennt sich zum Prinzip der Aufgabenteilung in der partnerschaftlichen Gesellschaft. Diese löst ihre Probleme nicht allein durch den Staat, sondern durch eine Vielfalt von Einrichtungen. (3.6.1.)

Nur diese Vielfalt gewährleistet dem Menschen ein Leben in Freiheit. Der einzelne und kleine Gemeinschaften sollen befähigt werden, ihre Aufgaben eigenverantwortlich und dadurch lebensnah zu lösen. Sie entlasten die übergeordneten Gemeinschaften und den Staat, die so ihre Kräfte für die Planung und Durchführung jener Aufgaben wirkungsvoller einsetzen können, die nur von ihnen zu bewältigen sind. (3.6.2.)

Die ÖVP vertritt den Standpunkt, daß der einzelne von der Gemeinschaft nur das fordern soll, was er aus eigener Kraft nicht leisten kann. (3.6.5.)

## Mehr Verantwortung und Selbsthilfe

Der Staat und seine zentralen Stellen drohen heute übermächtig zu werden: Sie ziehen immer mehr Aufgaben an sich, kassieren mehr Steuern, verstärken die Bürokratie. Wir sind dagegen überzeugt, daß viele Aufgaben besser und billiger von den kleinen Gemeinschaften erfüllt werden können. Dazu sollen sich die Bürger zusammentun: die Gestaltung



der Wohnanlage oder des Viertels, die Betreuung älterer und kranker Menschen, die Nachbarschaftshilfe. Wenn Gesetze und Verordnungen diese Selbsthilfe behindern, sind sie zu ändern. Private Unternehmen arbeiten oft besser und billiger als öffentliche Dienste – bei der Müllabfuhr und der Straßenreinigung, bei der Schneeräumung und der Wasserversorgung, beim Betrieb von Schlachthöfen und Buslinien.

Bei der Erziehung steht die Familie – und nicht der Staat – an erster Stelle. Deshalb wollen wir größere Wohnungen und Steuererleichterungen für Familien mit Kindern. Die Lehrer in den Schulen leiden unter einer übermäßigen Bürokratie. Hier muß der Staat den Eltern und Lehrern mehr Verantwortung überlassen.

Wir brauchen kein staatliches Rundfunkmonopol. Der Staat könnte die Meinungsvielfalt fördern, indem er dieses Monopol aufgibt.

Die Früchte einer neuen Aufgabenteilung zugunsten der kleineren Gemeinschaften sind: weniger Bürokratie, sparsamere Verwaltung, weniger Steuern, mehr Verantwortung für den Bürger.

## Leistungsfähige Gemeinden und Länder

Wir sind für Bürgernähe in der Politik. Am nächsten zum Bürger ist die Gemeinde – sie muß gestärkt werden. Dazu müßte sie zusammen mit den Ländern durch einen gerechten Finanzausgleich einen größeren Teil der Steuereinnahmen erhalten. Wir sind dagegen, daß gewachsene und leistungsfähige kleinere Gemeinden zwangsweise zu künstlichen Großgemeinden zusammengeschlossen werden. Als überzeugte Förderalisten treten wir für möglichst selbständige und finanzstarke Bundesländer ein.

**Partizipation**  
(Mit-  
bestimmung)

Dazu heißt es im Salzburger Programm:

Die ÖVP will, daß immer mehr Menschen immer stärker an den gesellschaftlichen Vorgängen beteiligt werden, die ihr Leben bestimmen. Mehr Demokratie ist mehr Teilnahme von mehr Menschen an mehr gesellschaftlichen Entscheidungen. Darin liegt die aktuelle Verwirklichung der Idee der Volkssouveränität. (3.7.1)

Durch die demokratische Teilnahme werden soziale Fähigkeiten und soziale Tugenden, die Bereitschaft zu sozialem Engagement und zu politischer Bildung entwickelt. Wesentliche Voraussetzungen der Teilnahme sind die möglichst umfassende freie Information über gesellschaftliche Vorgänge sowie die Öffentlichkeit der Entscheidungen. (3.7.3)

In der partizipatorischen Demokratie wird kleinen Gruppen und Minderheiten nicht nur der Bestand gesichert, sondern die Möglichkeit eingeräumt, die Gesellschaft mitzubestimmen und zu verbessern. (3.7.6.)

Mitbestimmung und Mitverantwortung geben dem einzelnen Einfluß auf die Gestaltung seines Lebens in der Arbeitswelt und sind daher vor allem persönlich und direkt auszuüben. (4.3.3.)

Die ÖVP tritt für ein Wahlrecht ein, das dem Wähler eine Entscheidung über die Person des Mandatars und damit eine klare Zuteilung der Verantwortung ermöglicht. (4.10.2.)

Da die meisten Menschen Politik vor allem auf kommunaler Ebene unmittelbar erfahren und erleben, soll die übersichtliche Einheit der Gemeinde Träger neuen demokratischen Lebens und aktiver Mitwirkung werden. Die ÖVP tritt daher für die Schaffung von Einrichtungen direkter und persönlicher demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle in den Gemeinden ein. (4.10.9.)

**Mehr mitreden,  
mitentscheiden,  
mitbestimmen**

Zu den öffentlichen Angelegenheiten sollen mehr Bürger zu Wort kommen und ihr Wort soll mehr gelten. Mitbestimmung und Mitarbeit setzen aber gründliche Information voraus. Deshalb wollen wir, daß die Ämter zu Auskünften verpflichtet werden, daß bei Bauvorhaben die Behörden die betroffenen Anrainer genau unterrichten, daß öffentliche Bürgerbesprechungen durchgeführt werden müssen. Die Bürger sollen bei der Gestaltung ihrer Umwelt mitentscheiden dürfen; Volksbegehren sind ebenso wie Bürgerinitiativen auf allen Ebenen zu erleichtern und zu unterstützen.

**Mehr Bürger-  
nähe  
r Kandidaten**



Derzeit wählen wir politische Parteien und nicht den Volksvertreter selbst. Der Abgeordnete – in der Gemeinde, im Land, im Bund – soll sich seinen Wählern persönlich verantwortlich fühlen. Deshalb wollen wir das Wahlrecht so ändern, daß der Wähler nicht nur über Parteien, sondern auch über Personen entscheiden kann. Ein zweites Ziel ist, älteren und kranken Menschen die Ausübung ihres Wahlrechts zu erleichtern: durch die Briefwahl, die in vielen Staaten zu einer selbstverständlichen Einrichtung geworden ist.

**Mitbestimmung  
am Arbeitsplatz**

Die schnelle technische und wirtschaftliche Entwicklung wirft laufend neue Probleme auf. Wir sind überzeugt, daß diese Fragen leichter zu lösen sind, wenn der Mensch am Arbeitsplatz die Möglichkeit der Mitbestimmung hat. Jeden Druck von oben auf die Partner im Betrieb lehnen wir ab. Wir haben verhindert, daß die sozialistischen Vorstellungen eines Arbeiterkammerwahlrechtes, bei dem einem Teil der Arbeitnehmer das Recht zur Mitbestimmung ge-



nommen worden wäre, durchgesetzt werden konnten. Wir treten nicht für die Mitbestimmung einzelner Klassen, sondern für die Mitbestimmung aller Menschen ein.



## So müssen wir arbeiten

1. Jeder unserer Mitarbeiter soll mit seiner Tätigkeit in der Volkspartei Freude und Erfolg haben.  
Wir handeln verantwortlich – gegenüber uns selbst und dem Nächsten, gegenüber anderen Gruppen und Gemeinschaften, gegenüber kommenden Generationen.  
Das entspricht unserem Menschenbild.
2. Wir gestalten und entscheiden frei. Die Grenzen unseres Handelns sind dort, wo die Freiheit anderer Menschen oder das Wohl der Gemeinschaft berührt werden.  
So verstehen wir die Freiheit.
3. Die Volkspartei ist eine Gemeinschaft, in der sich alle für das gleiche Grundziel einsetzen: Der selbständige Mensch in der Gemeinschaft.  
Dafür tragen wir alle Verantwortung.
4. Wir anerkennen und belohnen Tatkraft. Wir wecken durch Leistungsanreize Verständnis für unsere Aufgaben und Ziele. Unsere Arbeit ist kein Selbstzweck, sondern dient den Bedürfnissen unserer Mitmenschen.  
Das ist für uns Leistung.
5. Wir achten jeden Mitmenschen – gleich, welcher Berufsgruppe, welcher Bildung, welchen Alters. Das beginnt mit dem Zuhören im Gespräch. Wir lehnen eigene Vorteile auf Kosten anderer ab; wir schützen und verteidigen jeden Gesinnungsfreund, auch wenn er einmal einen Fehler macht.  
Das verstehen wir unter Partnerschaft.
6. Wir betrauen jeden nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten mit Aufgaben. Wir fordern nur dann Hilfe, wenn wir die Aufgabe selbst nicht lösen können. Wir bevormunden keinen Mitarbeiter und lösen die Probleme nur gemeinsam mit den Betroffenen.  
Das verstehen wir unter Aufgabenteilung.
7. Wir sorgen dafür, daß jeder mitreden, mittun, mitentscheiden kann. Wir sind selbst zur Mitarbeit und zum Tragen von Verantwortung bereit.  
So verwirklichen wir die Mitbestimmung.

## "MODELL SALZBURG 2000" WIRD IN 24 ARBEITSKREISEN ENTWICKELT

Landeshauptmann Dr. HASLAUER: Gesinnung größtmöglicher Offenheit gegenüber allen neuen Fragen und alternativen Ideen.

### WOVON WIR AUSGEHEN MÜSSEN

Die Welt, in der wir leben, hat in der jüngsten Vergangenheit grundlegende Veränderungen erfahren. Dabei sind Entwicklungen zutage getreten, die die Menschheit zutiefst verunsichert und über ihre Zukunft in Sorge und Ungewißheit gestürzt haben. Die achtziger Jahre scheinen in besonderem Maße durch Ratlosigkeit und Pessimismus geprägt zu sein. Während aber die Probleme immer gewaltiger werden, scheint die Fähigkeit zu ihrer Lösung abzunehmen.

Andererseits muß man feststellen, daß der Stellenwert politischer Programme immer mehr sinkt. Man hält sie häufig für überflüssig, weil auch Gutwillige die Kluft zwischen Theorie und Praxis als unüberbrückbar ansehen. Programmarbeit ist in Wahrheit aber notwendiger denn je, da Gesellschaft und Wirtschaft mittel- und langfristige Perspektiven einfach brauchen. Auch unsere Politik muß auf weite Sicht angelegt sein; auch unsere politische Konzeption braucht die Orientierung über Gesetzgebungsperioden hinaus.

Die Gegenwart beklagt aber auch ein deutlich abnehmendes Interesse der Bürger am öffentlichen Geschehen, obwohl die Chancen nicht schlecht stünden, die Menschen wirkungsvoll in Meinungsbildung- und Entscheidungsvorgänge einzubinden. Die Parteien müssen sich sagen lassen, daß sie es bisher weitgehend verabsäumt haben, neue Wege auch mit parteipolitisch nicht gebundenen Mitbürgern zu suchen.

### WAS WIR WOLLEN

Die Salzburger Volkspartei möchte die sich bietenden Chancen nützen und auf neuen Wegen wieder Interesse für die Programmarbeit wecken. In einer intensiven Auseinandersetzung mit den "Fragen von heute" will sie nach einer gründlichen Analyse ein Modell für einen längeren Zeitraum entwickeln, das die "Antworten für morgen" zu geben vermag.

Zur Erarbeitung des "Modells Salzburg 2000" lädt sie Mitbürgerinnen und Mitbürger ein, die Salzburg lieben, die bereit sind, für dieses unser Land und seine Menschen initiativ zu werden. Sie wendet sich dabei bewußt auch an Salzburger, die keiner politischen Partei angehören, aber trotzdem mit heißem Herzen die Entwicklung unserer Gesellschaft verfolgen. "Salzburg 2000" ist eine Einladung an Menschen, die über Salzburg nachdenken wollen, die zuzupacken bereit sind, die den Mut zu Träumen und Utopien haben und die vor allem unbequem sind.

Wir hoffen somit auf unkonventionelle, zukunftsweisende Problemlösungen, die in den Arbeitskreisen von "Salzburg 2000" erarbeitet und in den Arbeitskreisen von "Salzburg 2000" erarbeitet und in der Folge von der Volkspartei durchgesetzt werden sollen. Größter Wert wird darauf gelegt, den Arbeitskreisen die größtmögliche Offenheit in Bezug auf Ideen, Methoden und Personen zugestehen. Allerdings soll auch deutlich gemacht werden, daß die Aktion insgesamt von der Volkspartei initiiert und getragen ist.

# flachgau aktuell

P. b. b.

Nr. 242

Oktober 1981

Erscheinungsort Bergheim  
Verlagspostamt 5101 Bergheim

## WIE WIR ARBEITEN

Das "Modell Salzburg 2000" soll ein offener Prozeß von Politikgestaltung sein. Es ist ein Weg der Ideenfindung und der Sammlung von alternativen Lösungsvorschlägen. Das offene Gespräch soll auch und gerade über die Parteigrenzen hinweg geführt werden; es soll ein Gespräch zwischen Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik sein.

Die 24 Arbeitskreise sind in sechs Themenblöcke gegliedert, die sich mit der Position des Bürgers in der Demokratie, mit den Lebensphasen des Menschen, den Gestaltungsmöglichkeiten des Lebens, den Fragen der Umwelt, mit Beruf und Wirtschaft sowie mit der sozialen Verantwortung befassen.

In einem ersten Schritt werden die Arbeitskreise im jeweiligen Themenbereich den Ist-Zustand und die wichtigsten Probleme festzustellen haben. Dann geht es an die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen, wobei dem Einfallsreichtum zunächst keine Grenzen gesetzt sein sollen.

Als Ergebnis der Arbeiten bis zum Sommer 1982 soll im Herbst des nächsten Jahres ein Diskussionsentwurf "Salzburg 2000" vorgelegt werden, der dann mit möglichst vielen Salzburgerinnen und Salzburgern zu diskutieren sein wird.

---

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: ÖVP Bezirksparteileitung Flachgau; für den Inhalt verantwortlich Bezirksparteisekretär Wolfgang Würtinger; alle 5020 Salzburg, Elisabethkai 58, Druck: ÖVP-Landesparteileitung, 5020 Salzburg, Elisabethkai 58 - 60.



## Fragen von heute — Antworten für morgen

»Ich habe die Erarbeitung eines Modells für eine gute Zukunft unseres Landes angeregt. Wir brauchen dazu Mitbürger, denen Salzburg am Herzen liegt.«

*W. Haslauer*

Landeshauptmann Dr. Haslauer

Wir laden Sie ein, am  
»Modell Salzburg 2000«  
mitzuarbeiten.

## Informationskupon

»Modell Salzburg 2000«  
Ich interessiere mich! Informieren Sie mich näher!

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz./Ort \_\_\_\_\_

Ausschneiden und einsenden an:

»Modell Salzburg 2000«  
Elisabethkai 60  
5020 Salzburg

## Klärwärter

Hans Stemeseder sen. ist seit dem Jahre 1970 unermüdlich in Sachen Wasser, Abwasser, Kanalbau, Schneeräumung, Wartung und Pflege der Kläranlagen sowie der Pumpwerke zu jeder Tages- und Nachtzeit für die Bewohner des Trumer Seengebietes unterwegs. Es muß auch erwähnt werden, daß er seit November 1974 jeden Samstag, Sonn- und Feiertag die Kläranlage betreut. Nach meiner Meinung, und dies ist die Meinung aller, die unseren Klärwärter kennen und schätzen, erbringt er eine Leistung, die weit über seine Entlohnung hinausgeht.

Klargestellt muß werden, daß während der Klärwärterschulung 1973 sein Sohn Hans Stemeseder jun. die Überstunden für Schneepflugfahrten erbracht hat. Das Entgelt dafür betrug S 450,-. Dies ist nur einer der »krassen Mißstände« (lt. Gemeinde-Kurier) – wie denken Sie darüber?

## Finanzielle Lage des Verbandes

Jeder, der einigermaßen mit den wirtschaftlichen und technischen Problemen einer Seesanierung vertraut ist, weiß, daß die Herstellung derartiger Einrichtungen bei weitem die Finanz-

kraft jeder Gemeinde übersteigen. Es ist daher jeder Reinhaltverband auf Zuschüsse angewiesen. Durch meinen persönlichen Einsatz war es möglich, dieses Projekt mit seinen nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten auf den heutigen Stand zu bringen.

Die guten Ratschläge kommen im Jahre 1981 reichlich spät. Ich hätte mir gewünscht, daß das nunmehr ausgebrochene große Interesse am Reinhaltverband Trumer Seen schon zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt eingesetzt hätte. Seit meiner 19<sup>1/2</sup>jährigen Tätigkeit in der Gemeindestube war ich nie darauf angewiesen, daß andere Fehler machen, damit ich zur Geltung komme. Die Bürger der Gemeinde Obertrum am See wissen, von wem die konstruktiven Vorschläge für den Aufbau der Gemeinde gekommen sind und kommen.

Nur wer nichts tut, kann keine Fehler begehen!

Euer Bürgermeister



726

# flachgau aktuell

An einen Haushalt  
P. b. b.  
Nr. 260  
Oktober 1981

Erscheinungsort Bergheim  
Verlagspostamt 5101 Bergheim

